

Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

40 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Klau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Um die „Deutschen Werke“.

Die Note an die Entente.

Das Auswärtige Amt hat an den Vorsitzenden der Interalliierten Militär-Kontrollkommission eine Note betreffend die „Deutschen Werke“ gerichtet, die zur gleichen Zeit der Botschafter in Paris, Dr. Maier, der Botschafterkonferenz überreicht hat. Es heißt darin:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die anfänglich planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werken zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedenswirtschaftliche Arbeiten umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden.

Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen „Reichswerke“ aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Artikel 168 des Vertrages zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden müßte, wurde der Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestehen der Werke einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz hat diesem Antrage stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft geknüpft.

Jedemwelche Forderungen wegen des zu wählenden Fabrikationsprogramms hat sie nicht erhoben. Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfang erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt. Daß dabei für die Wahl des Fabrikationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterschaft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die Weiterbeschäftigung dieser Arbeiter mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte.

Das nach diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden. Die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer tätigen, genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben.

Nach jahrelanger, mühevoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende, sichere Existenz gewährleistet.

Da setzten plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommissionen ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschlusse der Botschafterkonferenz den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke auf das äußerste gefährden.

Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage 1 dieses Schreibens dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderungen der Kommissionen in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge haben und damit nicht nur alles bisher Geleistete zunichte machen, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel der Kommissionen erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Lehren und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von „Heeresgutfabriken“ zu nehmen.

Werke von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage 2 im einzelnen dargelegt. Jede Gefahr einer Wiederumstellung auf die Fabrikation von Kriegsgerät ist damit beseitigt. Dafür, daß diese Beseitigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommissionen, auch die

deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke selbst stehen dafür ein.

Die deutsche Regierung verkennt nicht, daß es die Aufgabe der Kontrollkommission ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags und die Durchführung des Beschlusses vom 10. 2. 1920 auf das schärfste zu überwachen: sie hat sich in dieser Erkenntnis, auch nur den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so mancher Maßnahme gefügt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte.

Im vorliegenden Falle aber muß sie Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommissionen nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergeburt des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen.

In Zusammenfassung der in den Anlagen 1 und 2 enthaltenen Vorlegungen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß 1. in Erfurt und Spandau-Hafelhorst die Fabrikation von Schusswaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang weiterhin gestattet wird. (Aushebung der Note vom 28. September 1921.)

2. in Werke Wolfgang die Fertigung von Collobium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filmwolle und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation (Schmirgelpapier, Waggon- und Lokomotivrepaturen und anderes) unter Belassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen weiter zugelassen werden (Aushebung der Note vom 30. September 1921, sowie Nachprüfung und Einschränkung der Herstellungsforderungen der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich der Anlagen im Spandau Werke Wolfgang).

3. im Hüttenwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerks genehmigt wird (Note vom 9. September 1921);

4a) die von der Distriktskommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Hafelhorst und von der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich Werkes Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstreuung dringend benötigter, zum Teil für das Friedensprogramm neu beschaffter Maschinen nachgeprüft und beschränkt werden.

b) die Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht unterbunden und ausgleichender Transport von Werk zu Werk nicht gesperrt wird;

c) für die trotz vorstehender Nachprüfung und Beschränkung noch zerstreunungspflichtig bleibenden Maschinen eine Verkaufsfrist aufgestellt wird, die den Bedingungen geordneter und rentabler Geschäftsführung Rechnung trägt;

5. die durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Beschränkung der Verfügungsberechtigung der „Deutschen Werke A. G.“ über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben wird.

Anlage 1 der Note enthält eine eingehende Zusammenstellung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der „Deutschen Werke A. G.“ gerichteten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden.

In Anlage 2 sind die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen geschildert, die auf Anordnung der Kontrollkommissionen in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von „Heeresgutfabriken“ zu nehmen und sie auf Friedensarbeit umzustellen.

Reparationskredite und Reparationspolitik.

London, 15. November. (W. L. B.)

Die Vertreter von Londoner Finanzhäusern erklären, daß sie Deutschland kein Guthaben bewilligen werden, ausgenommen auf der Grundlage einer dauernden und befriedigenden Regelung des Problems der deutschen Verpflichtungen, da der Wechselkurs der Mark der Finanzwelt einen zu großen Stoß versetzt habe, als daß sie sich veranlaßt sehen könnte, Deutschland ohne eine solide Grundlage Geld vorzuschießen.

Der deutsch-amerikanische Friede.

* Paris, 15. November.

Wie „Matin“ aus London meldet, traf dort gestern abend aus New York ein Telegramm ein, nach welchem Präsident Harding um 4 Uhr nachmittags die offizielle Proklamation unterzeichnet hat, durch welche der Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland für beendet erklärt wird.

„Europa ohne Frieden“.

Von
Mario Daffarge,
Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

* Rom, 8. November.

Unter diesem Titel hat, wie wir bereits kurz drahtlich meldeten, der frühere Ministerpräsident Nitti ein Buch gleichzeitig in italienischer und englischer Sprache veröffentlicht, dessen Erscheinungstermin nicht umsonst mit der Eröffnung der Washingtoner Konferenz zusammenfällt. Nitti ist durch seine für den Konzern der „Associated Press“ geschriebenen Artikel über die europäische Lage in Amerika ein sehr bekannter und geschätzter Publizist geworden. Es wird Nitti, der sonst keinen Grund hat, sich nach der Last der Verantwortlichkeit in diesem Augenblick zu drängen, gewiß überaus schmerzhaft, daß nicht er es sein durfte, der für Italien nach Washington ging. Denn seine Hoffnungen waren immer auf Amerika gerichtet. Er hat von Anfang an den Erreger der europäischen Krise in den wirtschaftlichen Verwicklungen zu finden geglaubt, und aus diesen Verwicklungen sah er einen Ausweg nur in der amerikanischen Hilfe. Nur wenn Amerika auf seine Kredite bei den Verbündeten verzichtete, konnten diese ihrerseits Deutschland gegenüber nachgiebiger werden. Aus diesem Grundgedanken oder richtiger um ihn, der geblieben ist, hat sich nun eine Reihe von Gedanken zur europäischen Wiedergeburt kristallisiert, die in dem Buche von dem friedlosen Europa niedergelegt sind.

Der produktive Organismus Europas ist nach Nitti durch den Krieg weniger als durch die Friedensverträge vollkommen zerrüttet worden, und eine Heilung nicht möglich, wenn die Länder des Kontinents nicht Rohmaterialien und Arbeit so untereinander aufteilen und die verschlossenen Türen wieder so öffnen, daß Fluß und Rückfluß von Kapital und Arbeit, von Schulden und Vermögen wieder geregelt werden. Die Folgen von Versailles sind u. a. das Brachliegen des unermeßlichen russischen Marktes und die der Katastrophe entgegengehenden Bilanzeng einzelner Staaten, wie Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und anderer mehr. Die dreißig neugegründeten Staaten errichten untereinander Zollschranken und überlasten sich mit Rüstungen. Von ihren ungeheuren Schulden bedrückt, versuchen die Sieger sich an den Besiegten zu entschädigen, und unterhalten gewaltige Heere, um eine Flucht der Besiegten zu verhindern. Wenn aber gerade dadurch den Besiegten ein unheilvolles Dasein aufgezwungen, jede Produktionsmöglichkeit genommen wird, wie soll der Fieber aus dieser Verwirrung gefunden werden?

In der Haltung Frankreichs auf dem Pariser Kongreß sieht Nitti die Ursache des gegenwärtigen Zustandes. Frankreich fürchtete und fürchtet noch, trotz seines Riesenheeres, einen deutschen Revanchekrieg. Diesen Krieg unmöglich zu machen, ziehe Frankreich die Schlinge um den Hals Deutschlands täglich enger, indem es so erst recht den Revanchegedanken Nahrung verleihe. Die Besetzung der Rheinprovinzen, die Entsendung farbiger Truppen in die kultiviertesten Gegenden Deutschlands, die Versuche, die deutsche Republik zu zerschüttern, um auf dem Kontinent die bewaffnete Hegemonie der französischen Republik zu errichten, die Schaffung von Vasallenstaaten, die gezwungen würden, sich in militärischen Rüstungen zu erschöpfen, die angstvollen Bemühungen, eine Vereinigung der deutschen Rasse zu verhindern, alles dies lasse eine wirtschaftliche Wiedergeburt Europas nicht zu. So kommt Nitti zu der bestimmten Fragestellung: Wie kann man die in Paris für einen Dauerkrieg gegen Deutschland geschaffenen Verträge in wirkliche Friedensverträge verwandeln, das heißt, wie kann die Revision von Versailles vollendet werden, die die Vorbedingung für jede Sanierungsaktion wäre? In seiner Furcht vor dem Wachsen der deutschen Bevölkerung habe Frankreich zwei gefährliche offensive Organismen gegen Deutschland geschaffen: eine europäische Armee für die politische Offensive und die Reparationskommission für die wirtschaftliche Offensive. Und Frankreich werde von dieser Politik nicht ablassen, solange man ihm nicht nachweise, daß es mit seiner Politik alle Völker, Frankreich mit einbegriffen, dem Ruin entgegenführt, solange es nicht wirklich Garantien erhalte, die es gegen jede zukünftige deutsche Drohung schützen würden.

Das ist nun der Kernpunkt der Nittianischen Theorie: Italien und England sollen Frankreich in bindendster Form ihre Unterstützung gegen eine solche Drohung zusagen, wenn Frankreich dafür in die Revision des Versailler Vertrages einwilligt. Diese Revision hat rein wirtschaftlicher Natur zu sein. Verringerung aller Besatzungs- und Kontrolltruppen, mit denen man Deutschland belastet. Zum Kontrollleur der deutschen Zahlungen soll der erweiterte und verbesserte Völkerbund erhoben werden, dem auch Deutschland anzugehören hätte. Eine ganze Reihe von Kapiteln in dem Buche Nittis ist den finanziellen Problemen und ihrer Lösung gewidmet. Er findet keinen anderen Ausweg als die